

Vorwort

Die erste Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) der Frauen fand vom 13. bis 15. November 1990 in Berlin statt. Rund 350 Frauen aus 38 Ländern diskutierten über ihre Rolle im europäischen Prozeß. Hier in Berlin, an der Nahtstelle zwischen Ost und West und umgeben von noch sichtbaren Spuren der Teilung, wurde der Grundstein für eine neue Dimension der europäischen Einigung gelegt.

Zur Verhandlung stand das vielbeschworene europäische Haus. Raum und Teilhabe für Frauen sind nicht automatisch im Bauplan vorgesehen. Bislang ist eine angemessene Vertretung der Interessen von Frauen in den entscheidenden Bereichen wie Sicherheit, Wirtschaftsentwicklung oder Umweltschutz auf Grund der Strukturen der KSZE nicht gewährleistet. Nun wollen Frauen mehr Mitsprache bei der Gestaltung Europas. Die KSZE wurde aufgefordert, diesen Teilhabewünschen zu entsprechen. Gemeinsame Interessen jenseits aller nationalstaatlichen Zusammenhänge wurden artikuliert und konkrete Forderungen in drei grundlegenden Proklamationen aufgestellt.

Die hier vorgelegte Dokumentation ist ein Zeugnis für das Engagement vieler europäischer Frauen in einer Sphäre, die immer traditionell männerdominiert ist. Die grundlegende Forderung zieht sich durch alle Vorträge und Diskussionen: Frauen müssen am KSZE-Prozeß angemessen beteiligt werden. Und jenseits dieser gleichberechtigten Teilnahme bedarf es eines KSZE-Frauenrates, der für eine aktive Menschenrechtspolitik und speziell für die Rechte von Frauen einsteht.

In diesen Tagen findet die Folgekonferenz der KSZE der Frauen in Brüssel statt. Nationalismus, Sexismus und Rassismus sind nach wie vor in vielen Teilen West- und Osteuropas Auslöser von gefährlichen gesellschaftlichen Entwicklungen. Die gegenwärtigen Ereignisse in Jugoslawien zeigen, wie notwendig Gremien sind, die im internationalen Rahmen für Entschärfung von Konflikten Sorge tragen können. Frauen müssen an solchen Gremien gleichberechtigt beteiligt werden. Die Berliner Konferenz war ein Anfang. Nun wird es darum gehen, ihre Ergebnisse in den institutionellen Prozeß hineinzutragen. Ich wünsche uns, den europäischen Frauen, allen Beteiligten und vor allem auch den Organisatorinnen hierfür den nötigen langen Atem.

Berlin, im Februar 1992



EUROPA IM UMBRUCH - FRAUEN IM AUFBRUCH

Eröffnungsvortrag der Senatorin für Frauen, Jugend und Familie des Landes Berlin a.D. Anne Klein

H heute wird erstmalig ein europäisches Forum von Frauen als "KSZE der Frauen" eröffnet. Es erhebt den Anspruch, sich in die KSZE-Politik in Europa, die eine Politik des europäischen Patriarchats ist, einzumischen.

Die Tradition, daß Männer für Frauen einfach mitdenken, ist nach wie vor ungebrochen. Das gilt auch für die bisherigen Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und für den KSZE-Prozeß insgesamt, der nahezu ausschließlich von männlichen Repräsentanten bestimmt wurde.

Heute - nach 17 Jahren - können wir feststellen, daß der KSZE-Prozeß in Europa die Konfrontationspolitik und wechselnde Androhung von Gewalt überwunden und Sicherheit durch Kooperation offensichtlich erreicht hat. Die Behauptung, daß heute von wechselseitigen militärischen Bedrohungen unter den KSZE-Staaten keine Rede mehr sein kann, wird allerdings immer noch kontrovers diskutiert.

Es geht also heute nicht mehr um die Überwindung feindlicher

Blöcke, sondern es geht um eine gesamteuropäische Integration, die die Bezeichnung Frieden wirklich verdient. Davon sind wir allerdings noch weit entfernt.

Diese gesamteuropäische Integration muß

- das Verhältnis der KSZE-Länder nach außen - also die Beziehungen zur Dritten und Vierten Welt - ebenso prägen wie das Binnenverhältnis in Gesamteuropa,
- d.h. allen Menschen, welcher Klasse, Rasse oder welchem Geschlecht sie auch angehören, muß das Recht auf Gleichheit und Differenz garantiert werden.

Auch hiervon sind wir noch weit entfernt. Der patriarchal geprägte und dominierte KSZE-Prozeß droht, die heute gegebenen Gestaltungsaufgaben und Gestaltungschancen zu verpassen.

Die Frage muß heute lauten: Wie kann aus dem KSZE-Prozeß eine Dynamik entwickelt werden, die das Leben in allen Regionen Europas in eine friedliche Entwicklung drängt?

Frauen innerhalb und außerhalb der KSZE-Länder fordern hier und heute die Beteiligung an dieser Entwicklung im Rahmen des KSZE-Prozesses ein. Angesichts der bevorstehenden KSZE-Ministerrats-Tagung bedeutet dies konkret: Der KSZE-Ministerrat braucht einen KSZE-Frauenrat!

Sie alle, die hier versammelt sind, um Erfahrungen auszutauschen und Strategien für die zukünftige Gestaltung Europas zu entwerfen, kommen aus Ländern, deren politische und soziale Situation sehr unterschiedlich ist. Einige von Ihnen kommen aus Gesellschaften, in denen es eine starke autonome Frauenbewegung gibt. In anderen Gesellschaften, deren Vertreterinnen ihre Kenntnisse und Erfahrungen in diese erste KSZE der Frauen einbringen werden, gibt es keine Frauenbewegung in dem vom mir beschriebenen Sinne, vielleicht erste Ansätze dazu. Einige von Ihnen bezeichnen sich als Feministinnen, andere vermeiden dies oder lehnen es ab. Die eine von Ihnen drängt es aus der traditionellen weiblichen Rolle in die Politik. Die anderen drängt es gerade heraus aus einer Politik der staatlichen Vereinnahmung. Für viele von Ihnen geht es darum, die Grundversorgung in Ihrer Gesellschaft überhaupt erst sicherzustellen und als Konsumentinnen wählen zu können. Für andere wiederum geht es darum, der Maßlosigkeit des Konsumierens ein Ende zu setzen. Wir haben also unterschiedliche politische Ausgangspositionen und damit unterschiedliche politische Überzeugungen. Genau diese unterschiedlichen Ausgangslagen und Überzeugungen sind für mich jedoch der eindeutige Ausdruck für die Vielfalt der Perspektiven, die Frauen in das Europäische Haus einbringen können und wollen.

Uns alle hier eint das Interesse an Selbstbestimmung, d.h. die Absage an jedwede Form von Doktrinen, die für Frauen nur ein

Lebensmodell festlegen.

Uns eint weiter der Wunsch, endlich weibliche Sichtweisen in der Politik zur Geltung zu bringen und eine neue Bewertung und Neuverteilung der gesellschaftlichen Aufgaben von Frauen und Männern im Produktions- wie im Reproduktionsbereich zu erreichen. Schließlich eint uns das gemeinsame Gespür für die Dringlichkeit, die sogenannten globalen Probleme endlich anzupacken, sei es

- die Abrüstung, die Ökologie oder die soziale Ungleichheit
- die Völkerwanderungen
- die Bevölkerungspolitik
- die Gentechnologie
- die Verständigung über die Vergangenheit als Voraussetzung für die Zukunft.

Bislang bauen ausschließlich Männer an dem, was sie "Gemeinsames Haus" nennen. Frauen sind weder in der Bauleitung noch in der Bauaufsicht noch als zukünftige Bewohnerinnen präsent. Sie ahnen zu Recht, daß sie wieder einmal für Küche und Besenkammer vorgesehen sind.

Auf der Basis unserer unterschiedlichen Interessenlage lassen sich daher die Zielsetzungen dieser Konferenz so beschreiben:

Erstens geht es erneut darum, sichtbar zu machen und in das öffentliche Bewußtsein zu heben, daß Frauen in- und außerhalb Europas die Hälfte der Menschen ausmachen, über eine Vielfalt von Traditionen, Positionen und Zukunftsentwürfen verfügen und als Expertinnen für die Gestaltung Europas in den Startlöchern stehen.

Zweitens geht es darum, die jahrhundertelange unausgesetzte Diskriminierung von Frauen zu beenden und den Anspruch von Frauen durchzusetzen, nicht länger ausgegrenzt, sondern einbezogen zu werden.

Drittens geht es darum, die Chancen zu nutzen, mit den Gestaltungswünschen von Frauen ernst zu machen, Europa und die Rollen der Frauen zu verändern, sich in den patriarchal geprägten KSZE-Prozeß einzumischen und nicht locker zu lassen. Allerdings - wir dürfen bei diesen Forderungen nicht vergessen, daß für Frauen und insbesondere für Männer in Europa gleichermaßen gilt: Wer etwas verändern will, muß sich auch selbst verändern. Sind Frauen zum Beispiel per se das friedliche Geschlecht? Solange sich Frauen vereinzelt in männerbündisch strukturierten Gremien bewegen müssen, gibt es keine Möglichkeit, daß sie eine bessere, frauenfreundlichere Politik betreiben bzw. durchsetzen können. Aber ... ohne die Frauen wird es ebenfalls keine bessere, frauenfreundlichere und problemgerechtere Politik geben. Ebenso wie der Krieg nicht ohne Mittäterschaft und Kollaboration von Frauen zu denken ist, wird es ohne die Beteiligung von Frauen keinen Frieden geben.

Dieser Frauenmacht gerecht zu werden, heißt Verantwortung

übernehmen, und es heißt, bezogen auf den KSZE-Prozeß, kritisch zu fragen: Wessen Sicherheit ist heute gemeint? Welche Sicherheit vor welcher Gefahr ist gemeint? Wer kooperiert? Wie wird kooperiert? Wozu wird überhaupt kooperiert? Und inwiefern entspricht überhaupt die vorgesehene Kooperation den neu entstehenden europäischen und globalen Problemen?

Hier haben viele Frauen zu Recht Bedenken. Diese Bedenken beziehen sich auf die Inhalte der drei KSZE-Körbe: **Menschenrechte, Sicherheit, Ökonomie.**

Auf dem KSZE-Gipfeltreffen der Außenminister, das in wenigen Tagen am 19. November in Paris stattfinden wird, sollen die Perspektiven einer zukünftigen europäischen Friedensordnung entworfen werden, die - nach den Vorstellungen von Außenminister Genscher - im Jahr 1992 in Helsinki auf dem regulären KSZE-Nachfolgetreffen in einer Art "Magna Charta der Europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit" besiegelt werden sollen.

Dieses Treffen darf es ohne Frauen nicht mehr geben!

Für alle KSZE-Dokumente gilt bislang, daß sie die Existenz der weiblichen Hälfte Europas, die Erfahrungen, Leistungen, die Probleme und Bedürfnisse, die Rechte von Frauen verschweigen und Herrschaftsansprüche von Männern bekräftigen. Schon die Sprache, in der die bisherigen KSZE-Vereinbarungen getroffen wurden, zeigt, wie männlich orientiert die Vorstellungen sind. Sie ist symptomatisch diskriminierend: Begriffe und Gruppen werden ausschließlich mit der männlichen Sprachform bezeichnet. Frauen werden nicht einmal erwähnt bzw. nur in Abhängigkeit und in Unterordnung zu Männern beschrieben. Schon die Sprache der KSZE-Vereinbarungen verstößt also gegen die im Korb I Menschenrechte vereinbarten Normen. Dies ist jedoch mehr als ein oberflächlicher Schönheitsfehler! Es ist vielmehr der Ausdruck eines strukturellen Defizits, daß sich ebenso in den Inhalten der KSZE wiederfindet.

Die Entwicklung einer politischen Kultur, die in der Lage ist, kulturelle, ethnische, sexuelle, religiöse und soziale Differenzen zu integrieren, ist in den europäischen Nationalstaaten bisher nicht gelungen. Tausende von Frauen, Männern, Kindern sind auf der Flucht vor menschenunwürdigen Zuständen, und sie finden keinesfalls die offenen Gesellschaften vor, die ihnen mit der Vereinbarung der KSZE zu den Menschen- und Bürgerrechten versprochen werden.

Die offene Gewalt nimmt zu. Antisemitismus und Fremdenhaß breiten sich in vielen europäischen Ländern erneut aus. Zum Teil sind diese Gefahren in den KSZE-Dokumenten erkannt, ohne daß jedoch Lösungen angestrebt werden. Es fehlt an Konzeptionen, und es wächst mittlerweile die Neigung zu nationalstaatlich und eben nicht gesamteuropäisch orientierten Verfahrensweisen.

Auf dem diesjährigen Treffen zur menschlichen Dimension der KSZE in Kopenhagen haben sich die Teilnehmerstaaten erneut zu

dem Prinzip verpflichtet, "alle Menschen" vor Diskriminierung zu schützen. Verschwiegen wird, wer "alle Menschen" wirklich sind. Es sind die Frauen, die Flüchtlinge, die Roma und Sinti, die Ausländer, die Kinder, die Alten, die Behinderten und die Kranken. In dem umfassenden Dokument ist von Gewalt gegen Frauen, welcher Nation, welcher Klasse oder Rasse oder ethnischen Minderheit sie auch angehören, ebensowenig die Rede wie von ihrem Recht auf Selbstbestimmung.

Was können und was müssen wir Frauen für Europa tun? Für den Herbst 1991 ist eine abschließende Menschenrechtskonferenz in Moskau geplant. Wir Frauen sollten uns bis dahin vornehmen, unsere Regierungen dazu zu bewegen, dort ein Dokument zu verabschieden, das folgende Kriterien erfüllt:

- Das Dokument soll frei sein von sexistischen Sprachregelungen.
- Es soll die besondere Weise, in der Frauen der Gewalt ausgesetzt sind, benennen.
- Es soll das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung anerkennen.
- Es soll die Gestaltungsansprüche von Frauen positiv würdigen und die Möglichkeit zur Teilhabe an allen gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten garantieren.
- Es soll verbindlich zusagen, daß politische Arbeitsstrukturen unter dem Gesichtspunkt der Frauenfeindlichkeit geprüft werden.
- Die Zumutung zum Engagement von Frauen soll in eine Einladung zum Engagement umgewandelt werden.
- Es soll zum Ausdruck bringen, daß die Achtung weiblicher Denkweisen bei der Verwirklichung der Menschenrechte unabdingbar ist.

Es geht nicht nur um partikulare Interessen, wie dies übrigens viele Frauen noch immer befürchten. So lange beispielsweise im Europäischen Haus die Armeen als Brutstätte anachronistischer Männlichkeits- und Weiblichkeitsstereotypen nicht abgeschafft sind, muß der Schutz von Deserteuren und Fahnenflüchtigen vor Strafe und Diskriminierung ebenso garantiert werden wie das Recht zur Blockade militärischer Einrichtungen. Wenn das erst begriffen ist, wird es vielleicht auch möglich sein, die Gewalt der Männer gegeneinander zu beenden. Die bisher äußerst vagen Hinweise zum Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung müßten dann viel klarer gefaßt und unmißverständlich als eine zeitgemäße Form von Männeridentität bekräftigt werden.

Der Standard der Menschenrechtsdiskussion ist für alle KSZE-Länder verbindlich - aber in unterschiedlichem Maße bisher erreicht. Entscheidend ist, daß in jedem Land mehr als bisher in diese Richtung gearbeitet wird, daß dies für alle anderen durchsichtig und überprüfbar ist, und daß es transnational durch BürgerInnenbewegungen ebenso wie durch staatliche Politik

unterstützt wird.

Was gibt es in Korb II über Sicherheit und Zusammenarbeit noch zu verhandeln? Sicher - es hat Fortschritte gegeben. Wenn jetzt aber immer noch die Rede davon ist, beim Außenminister-Gipfel in Paris solle ein Mandat für weitere Verhandlungen erteilt werden, und es solle eine Agentur zur Rüstungskontrolle und zur Unterrichtung über Manöver und sonstige militärische Bewegungen zur Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen eingerichtet werden, dann ist das mit Verlaub ein Vorschlag aus den lange überwundenen Zeiten der Ost-West-Konfrontation.

Wir wollen einseitige Abrüstung. Das wäre der schnellste, demokratischste und am besten überprüfbare Weg zum europäischen Frieden. Das gilt für die Atommächte - auch für die kleineren wie England und Frankreich, ebenso wie für die konventionell bewaffneten Armeen und natürlich zuallererst für die Deutschen. Auf der Ebene der BürgerInnen-Initiativen gibt es zum Teil schon internationale Verständigung, so daß bereits von einem Europa ohne Armee als einer konkreten Utopie gesprochen wird. So sind z.B. der Initiative "Schweiz ohne Armee" ähnliche Initiativen in west- wie osteuropäischen Staaten gefolgt.

Ich weiß wohl, nicht alle Frauen sind auch Pazifistinnen, und so werden solche radikalen Perspektiven hier auf unserer Konferenz möglicherweise auf Widerspruch stoßen und diskutiert werden müssen. Ich gebe aber zu bedenken: Ist der Ansatz der Rüstungskontrolle nicht doch inzwischen längst zum Bremsklotz geworden? Wozu überhaupt noch Panzer, Bomben, Granaten, wozu noch Militär?

Am 11. April 1990 hat Bundesaußenminister Genscher in seiner Rede anlässlich der KSZE-Wirtschaftskonferenz in Bonn gewarnt:

"Auch für die Abrüstung gilt, daß sie den Anschluß an die politische Entwicklung nicht verlieren darf."

Wir Frauen müssen wohl besser formulieren: Was kann getan werden, damit sie den Anschluß überhaupt wiederfindet? Genscher hat damals darauf hingewiesen, daß zu den neuen gemeinsamen Aufgaben des Westens und des Ostens auch gehören, die Mittel, die durch Abrüstung frei würden, für soziale Gerechtigkeit in den eigenen Gesellschaften und für die Bewältigung der globalen Herausforderung einzusetzen.

Hier exakt müssen wir ansetzen und fragen: Wo sind die Mittel, wo ist der europäische Friedensfond, wo bleibt die sogenannte Friedensdividende, welche Konversionsaktivitäten sind denn in den KSZE-Ländern bislang eingeleitet worden? Eine Bilanz ist weit und breit nicht in Sicht. Sähen wir sie, würde sie nicht besser dastehen als vor zehn Jahren.

Bisher jedenfalls ist das Stichwort Konversion im Sinne einer

- demokratischen
- sozial verträglichen
- ökologisch orientierten,
- entwicklungsfördernden und

- sozial nützlichen

neuen Ausrichtung der Ressourcen keine Handlungsleitlinie der Politik, sondern nichts als ein potjemkinsches Dorf.

Was steckt hinter all der Untätigkeit bei der Auflösung der militärischen Potentiale und ihrer Produktionsstätten? Nichts anderes, sage ich mir und viele Frauen sicherlich mit mir, als der patriarchale Glaube an die Einheit von Staat, Souveränität und Gewalt. Ein Irrglaube, dem jegliche Problemlösungskompetenz fehlt. Dennoch klammert sich die Politik an diese veralteten Institutionen, nicht weil sie militärischer Gewalt die Fähigkeit zutraut, ein Problem zu lösen, sondern aus Angst vor dem Frieden, und weil uns das Militär doch ach so vertraut ist.

Was wollen wir eigentlich noch mit diesem symbolischen Funktionen von Militär und Rüstung, von Orden, Uniformen, Gesten und Körperhaltungen, die männliche Macht und Herrschaft symbolisieren oder vortäuschen? Ist es nicht lächerlich, wenn sich die Regierenden und die Präsidenten mit militärischen Ehren begrüßen lassen und dabei strammstehen wie die Soldaten?

Für die Frauen-Mitarbeit im Bereich des Korbs II bleibt daher der Auftrag einer konsequenten Militär- und Rüstungskritik, solange es

- in Europa noch Waffen, Soldaten und militärische Gewalt (Bürgerkriege, Separationskriege) gibt,
- durch Europas Rüstungsexport Kriege verursacht werden und
- jenseits von Europa endogene Regionalkonflikte noch denkbar sind.

Gegen absehbare Friedensgefährdungen bleibt das Militär wirkungslos und im übrigen eine gigantische Verschwendung von Ressourcen.

Was wir brauchen und was durchaus zeitgemäß ist, wäre die Einrichtung eines Zentrums zur frühzeitigen Erkennung und Bewältigung/Schlichtung von Konflikten durch Konfliktmanagement und konkrete Hilfen, um einerseits die Ausbreitung von Gewalt in Europa zu verhindern und andererseits den kritischen Umgang mit Macht zu lernen und um den Boykott zerstörerischer Macht ebenso wie die Transformation von Macht einzuüben. Frauen, die immer ein sehr kritisches Verhältnis zur Macht hatten, sind für diese Überlegung und Forderung denkbar geeignet. Weil die Regierenden sich nicht darauf verständigen können - absurderweise -, um welche Art von Konflikten es geht, droht die notwendige Arbeit zur Gründung und Einrichtung eines solchen Zentrums zu scheitern.

In den Debatten um Korb II wird entschieden, ob Europa eine gewaltfreie oder ob es eine militarisierte Zukunft haben wird. In dieser Diskussion wird auch entschieden, ob die KSZE-Länder willens oder in der Lage sind, ihre Verpflichtung auf eine den Menschenrechtsprinzipien entsprechende Politik nach innen und außen, gegenüber Ländern der Dritten und Vierten Welt einzuhalten. Wie die Bereitschaft zum militärischen Eingreifen und die

Unwilligkeit zur Friedensstiftung in und mit der arabischen Region zeigt, steht es damit nicht gut: Amerikanische und europäische Soldaten werden in einem künftigen Golf-Krieg mit Waffen getötet werden, die von ihren eigenen Regierungen und den heimatlichen Waffenproduzenten an Saddam Hussein geliefert worden sind. Das zeigt, zu welchem menschenverachtenden Macht- und Wirtschaftshandeln die sogenannten Führungseliten in Regierung und Industrie kommen können.

Auch hier braucht der KSZE-Ministerrat den KSZE-Frauenrat, um ein verantwortungsvolles Konzept für den Umgang mit neu entstandenen Machtressourcen in Europa zu entwickeln.

Machtzivilisation ist das entscheidende Thema. Sie braucht keine alten und neuen Waffen, sondern eine umfassende, an den KSZE-Prinzipien orientierte Bildung. Nur dadurch kann ermöglicht werden, daß sehr viele Menschen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens

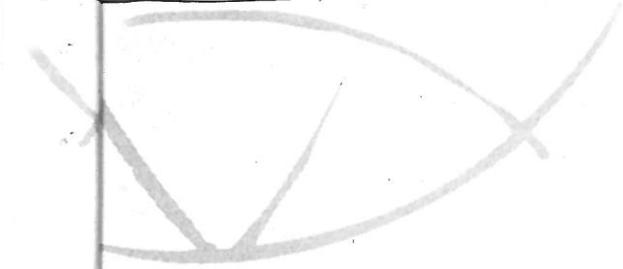
- Kompetenz im gewaltfreien Umgang mit eigenen und fremden Gewaltpotentialen erwerben,
- die kritische Realitätswahrnehmung und Auseinandersetzung mit dem, was fremd erscheint, lernen und
- ihre Mittäterschaft entdecken könnten und bereit werden, politische Verantwortung zu übernehmen.

Bei der Diskussion über Korb III "Ökonomie und Ökologie" auf dieser Konferenz wird vermutlich besonders rasch deutlich werden, wie verschieden die Perspektiven und Bedürfnisse von Frauen aus Ost und West sind.

Die Hoffnungen, die in Osteuropa mit der Marktwirtschaft verbunden werden, entsprechen nicht den Erfahrungen, die Frauen in Westeuropa damit gemacht haben. Es ist verständlich, daß die Kritik an der Marktwirtschaft dort wenig Gehör findet, wo am meisten unter der Ungleichheit gelitten wird. Ich meine: Vorsicht mit dem pauschalen Lob der Marktwirtschaft. Sie trägt nicht nur Bananen zu Markte, sondern auch die Menschen - Männer wie Frauen. Wenn trotz dieser unterschiedlichen Erfahrung Verständigung möglich sein soll, müssen wir Frauen in die Details gehen und darüber beraten, welche Anforderungen sie an die Kooperationsbeziehung der KSZE-Länder stellen.

In dem Dokument der Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa im Rahmen der KSZE in Bonn im März/April 1990 wird das Hohelied auf die Marktwirtschaft gesungen. Ganz Europa wird darauf verpflichtet, ohne Wenn und Aber, ohne den kritischen Blick auf den Raubbau an Mensch und Natur in der Vergangenheit und ohne Gespür für die Gefahr in der Zukunft.

Frauen kommen als Wirtschaftssubjekte darin nicht vor. Es gibt nicht einen Hinweis auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, keinen Hinweis auf die Besonderheit weiblicher Lebenszusammenhänge, keinen Hinweis auf das Zusammenspiel von Pro-



duktion und Reproduktion, ja, auch keine Bindung ökonomischer Aktivitäten an ethische Normen. Die ökonomischen Vorstellungen sind Fiktionen von Männern und ohne viel Aussichten auf Erfolg, friedenswirksam zu werden. Was hier zur Kooperation im Bereich von Unternehmensgründungen, in der Nahrungsmittelverarbeitung, in der Stadtplanung, im Wohnungsbau und im Verkehr erarbeitet worden ist, ist absurderweise eine Analyse im Geiste des 19. Jahrhunderts und ansonsten völlig unglauwbüdig.

Immerhin verpflichten sich die Teilnehmerstaaten zu einer Wirtschaftstätigkeit, "die die Würde des Menschen entsprechend achtet, Zwangsarbeit oder Diskriminierung von Arbeitern aufgrund von Rasse, Geschlecht, Sprache, politischer und religiöser Überzeugung ausschließt" und sich um "Politiken zur Förderung sozialer Gerechtigkeit und zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen" bemühen.

Ich habe die feste Überzeugung, daß diese Konferenz dazu beitragen wird, deutlich zu machen, was diese Normen bedeuten können, wenn Frauen sie einfordern und wenn Frauen sich nicht auf eine Wirtschaftsressource reduzieren lassen und allzeit zur Verfügung stehen, wo immer sie gebraucht werden, als Arbeitskraft oder als ein Stück Natur in Quarantäne.

Wenn die Teilnehmerstaaten sich vorgenommen haben, "umfassende, vergleichbare und aktuelle Informationen über Wirtschaft, Handel und demokratische Entwicklung als eine der Grundlagen für Wirtschaftsforschung, Zusammenarbeit und effiziente Geschäftsbeziehung zu veröffentlichen und verfügbar zu machen", so ist dies durchaus im Interesse aller Frauen, wenn die Statistiken entsprechend ihren Wünschen nach Informationen erstellt werden, und wenn die Geheimhaltungspraxis, die das Wirtschaftsleben vor der öffentlichen Debatte schützt, aufgegeben wird. Die Frauen und Männer, die in den Friedensbewegungen Europas seit langem versuchen, Licht in die Verdunkelung zu bringen, fordern die Bekanntgabe der Daten über den illegalen und noch legalen Rüstungsexport und die Aufschlüsselung, wer davon profitiert.

Selbstverständlich braucht Osteuropa die wirtschaftliche Hilfe aus dem Westen. Aber welche Hilfe? An dieser Frage scheiden sich die Geister. Das Modell aus dem Westen erntet bereits Widerspruch von denjenigen, die die wechselseitige Abhängigkeit bereits erkannt haben: Reformen im Osten brauchen Reformen im Westen.

Der KSZE-Prozeß ist gelegentlich mit der historischen Heiligen Allianz von Staaten verglichen worden, die sich nach Napoleon zur Neuordnung Europas gegründet hat. Sie war ein "regime" ausschließlich zur Verständigung der Regierenden bei gleichzeitiger Unterdrückung demokratischer Entwicklung. Eine Wiederholung heute werden die BürgerInnen-Bewegungen hoffentlich zu verhindern wissen. Die Chancen - auch die Chancen der Einfluß-

nahme von Frauen - stehen heute besser, die Entwicklung ist offener. Die Angst vor dem Frieden und die Angst vor der Verantwortung kann überwunden werden - vor allem durch Frauen, die diesen Prozeß verantwortlich mitgestalten.

Der europäische Egozentrismus hat in Jahrhunderten unsägliches Leid über Völker, über Länder gebracht, indem er sich andere Identitäten zu Willen gemacht hat, um sie dem europäischen Einfluß zu unterwerfen. Wie viele Völker, wie viele ethnische Gruppen sind durch Europa von ihrer eigenen Entwicklung abgehalten worden? An allen Ecken der Welt hat der Eurozentrismus gewissermaßen irgendwann einmal Luntten gelegt, an denen andere zündelten. Europa hat Millionen von Menschen aus ihrer angestammten Heimat vertrieben, ausgerottet, niedergemetzelt.

Kann mann/frau überhaupt von einem neuen Europa träumen - ohne Alpträume, wenn wir an die grenzenlose Armut und das Elend, an den Hunger und das Massensterben der übergroßen Mehrheit der Menschen in den armen Ländern denken, in denen die wachstumsbessenen Industriestaaten bisher kaum ernsthafte und überzeugende Hilfen zur Entwicklung eines eigenständigen menschenwürdigen Daseins geleistet haben?

Es sind gerade vier Jahrzehnte vergangen, seit Europa infolge des vernichtenden Zweiten Weltkriegs in Trümmern lag, Ruinen und verbrannte Erde überall. Heute liefern deutsche Firmen - europäische Unternehmen - Panzer, Kriegstechnik und chemische Kampfstoffe an den Irak und nach Libyen. Was zählt, sind nicht die Opfer der mörderischen Waffen oder tödlichen Gasschwaden, sondern was zählt, ist allein der Profit. Eines scheint mir gewiß: Das Zentrum des Veränderungsprozesses in der Welt, den wir alle miterleben, liegt in Moskau. Die sogenannte große europäische Revolution unserer Gegenwart hat von daher ihren Ausgang genommen. Die Auflösung der Blöcke ist ein Vorgang von großer Tragweite. Ein neues Deutschland, das als eine Art Sturzgeburt aus der Auflösung der Blöcke hervorgegangen ist, wird maßgeblich daran mitarbeiten müssen, die alten Denk- und Machtstrukturen der Nachkriegsordnung in Europa abzulösen. Denn im Zeichen der Blockauflösung sollen keine neuen Mauern errichtet werden. Im Gegenteil, auch die patriarchalische und hierarchische Ordnung der Geschlechter muß überwunden werden. Unser Ort - der Ort der Frauen -, ist die Öffentlichkeit, unser Medium die Streitkultur, unser Ziel die Fähigkeit, im Einvernehmen mit anderen friedenswirksame Strukturen in das Europäische Haus einzuziehen, das doch für Männer und Frauen gleichermaßen bewohnbar sein soll.

"Die Türen öffnen sich langsam", schrieb Raissa Orlova-Kopolew, und "sie öffnen sich nicht von allein."